

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3312

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3312](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3312)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



---

## **Gute Ausbildung unter guten Bedingungen – auch während der Corona-Pandemie!**

Jedes Kind hat Anrecht auf eine gute Ausbildung. Die Volksschule muss in allen Kantonen mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden – für den Schulbetrieb, für familienergänzende Kinderbetreuung, für vorschulische und schulbegleitende Angebote. Die öffentliche Schule garantiert das Recht auf Bildung für alle.

Der Druck der Corona-Pandemie auf Lehrpersonen, Schulleiter\_innen, Angestellte der Schule ebenso wie auf die Schüler\_innen und ihre Familien ist enorm. Der Schulbetrieb muss sichergestellt werden, ohne dass die Schule selbst zu einem Ort der Ansteckung wird. Fernunterricht, der Eltern und Kinder erfahrungsgemäss vor grosse Herausforderungen stellt und die Chancengleichheit sowie die Schutzfunktion der Schule gefährdet, soll möglichst vermieden werden. Schulschliessungen dürfen deshalb nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen. Die Schulen müssen schnell und flexibel auf Ansteckungsfälle reagieren können, indem einzelne Klassen oder auch ganze Schulhäuser teilweise geschlossen werden. Halbklassenunterricht ist sinnvoll, braucht aber organisatorische und technische Unterstützung. Die SP befürwortet auch den Einsatz von systematischen Schnelltests. Auf der Sekundarstufe II können Schulschliessungen oder die Umstellung auf begleiteten Fernunterricht ein Mittel im Kampf gegen die Pandemie darstellen. Jedoch muss sichergestellt werden, dass die Schüler\_innen sich gut auf Prüfungen und ihren Abschluss vorbereiten können und diese Abschlüsse dann auch anerkannt werden. Deshalb braucht es bei einer Umstellung auf Fernunterricht zwingend flankierende Massnahmen und Szenarien zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung. Die Schliessung aller Schulen beziehungsweise das Verbot von Präsenzunterricht darf nur ein allerletztes Mittel sein.

Um die Corona-Krise bewältigen zu können, braucht die Schule die nötigen Mittel. Die SP fordert, dass auf die Bedürfnisse der Schulbehörden, der Schulleitungen, der Lehrpersonen, des Schulpersonals, der Schüler\_innen ebenso wie der Eltern gehört wird. Die Lehr- und Betreuungspersonen, die sich täglich um die Kinder und Jugendlichen kümmern, brauchen Gesundheitsschutz, Unterstützung und Entlastung. Die Situation ist für alle herausfordernd, und die aus der Pandemie entstehenden wirtschaftlichen und psychischen Belastungen beeinträchtigen auch den Schulbetrieb. Deshalb braucht es zusätzliche Ressourcen für Betreuung, Nachhilfe, Klassenassistenzen und psychologische Unterstützung der Schülerinnen und Schüler. Dies gilt während der aktuellen Pandemiesituation, muss aber auch nach der Krise weitergeführt werden, damit Kinder und Jugendliche bei Bedarf gezielt die nötige Unterstützung beim Lernen und für ihre gesunde Entwicklung erhalten und die Lehr- und Betreuungspersonen entlastet werden. Der Gesundheitsschutz und das Kindeswohl müssen

sichergestellt werden. In den Schulen sind kostenlos Masken zur Verfügung zu stellen. Wo nötig, müssen Infrastrukturmassnahmen (Lüftungen, Luftreinigungsgeräte, Messgeräte, Plexiglaswände) unterstützt werden. Lehr- und Betreuungspersonen sollen zusammen mit anderen exponierten Gruppen mit viel Kontakt zu anderen Menschen prioritär in die kantonalen Impfpläne aufgenommen werden.